

Gruppe 62 - Informationszentrum Asyl und Migration

Briefing Notes

23. September 2019

Ägypten

Proteste gegen Präsident As-Sisi

Am 20.09.19 kam es erstmals seit Jahren zu größeren Protesten gegen die Herrschaft von Präsident As-Sisi und das Militär. In Kairo und anderen Städten gingen Menschen auf die Straße, nachdem in den letzten Wochen der Bauunternehmer Mohamed Ali von Spanien aus diverse Dokumente veröffentlicht und zu Protesten aufgerufen hatte. Er hatte jahrelang mit dem Regime zusammengearbeitet und war in Ungnade gefallen. Er bezichtigte As-Sisi und seine Ehefrau sowie die meisten Angehörigen der Regierung massiver Korruption, die er durch Unterlagen seiner eigenen Unternehmen belegen könne. Es kam am selben Tag noch zu Verhaftungen. Die Menschenrechtsorganisation Human Rights Watch fordert die Freilassung von 74 namentlich bekannten Demonstranten. Am Samstag war in den meisten ägyptischen Städten deutlich erhöhte Präsenz der Sicherheitskräfte zu sehen. Für Freitag hat Mohamed Ali zu weiteren Protesten aufgerufen.

Afghanistan

Anschläge

Am 19.09.19 wurden bei einem Selbstmordanschlag der Taliban vor einem Krankenhaus in Qalat (Hauptstadt der südlichen Provinz Zabul) mindestens 20 Menschen getötet und mehr als 90 verletzt. Das Krankenhaus wurde schwer beschädigt, unter den Opfern waren Patienten, Ärzte und Krankenpfleger. Mehrere Rettungswagen wurden zerstört.

In der Nacht vom 17. auf den 18.09.19 starben bei einem fehlgeleiteten Drohnenangriff in der östlichen Provinz Nangarhar mindestens 30 Zivilisten, mindestens 40 wurden verletzt. Der Angriff hatte Kämpfern des IS gegolten.

Am 17.09.19 starben bei einem Bombenanschlag in der Nähe einer Wahlkampfveranstaltung des afghanischen Präsidenten Ashraf Ghani mindestens 26 Menschen. Der Präsident selbst blieb unverletzt. Die Taliban bekannten sich zu dem Anschlag in der zentralen Provinz Parwan.

Hohe Opferzahlen im August

Nach Angaben der BBC gab es im August 611 Vorfälle, bei denen 2.307 Menschen getötet und 1.948 verletzt wurden. Darunter seien 473 getötete und 786 verletzte Zivilisten. Mit Ausnahme von Krankenhausberichten seien nur von mindestens zwei glaubhaften Quellen bestätigte Berichte erfasst worden. Die vom Armed Conflict Location & Event Data Project (ACLED) erfassten Opferzahlen seien im August dreimal so hoch gewesen wie die in Syrien oder Jemen.

Albanien

Verurteilung des ehemaligen Innenministers

Der Gerichtshof für schwere Verbrechen in Tirana hat den ehemaligen Innenminister Albanien, Saimir Tahiri, am 19.09.19 wegen Machtmissbrauchs im Zusammenhang mit den Aktivitäten einer kriminellen Bande zu einer Bewährungsstrafe von dreieinhalb Jahren verurteilt.

Zuvor forderte die Staatsanwaltschaft eine Haftstrafe von zwölf Jahren. Tahiri, der in den Jahren 2013 bis 2017 als Innenminister fungierte, wurden Bestechung von hohen Beamten, Machtmissbrauch und internationaler Drogenhandel vorgeworfen. Laut der Staatsanwaltschaft nutzte Tahiri seine Position als Minister, um eine Gruppe von Drogenhändlern, die seine Verwandten waren, zu schützen und ihnen ihre kriminellen Handlungen zu erleichtern.

Der mitangeklagte ehemalige Polizeibeamte Jaeld Cela wurde ebenfalls wegen Machtmissbrauchs verurteilt. Laut dem Recherchenetzwerk BalkanInsight befindet er sich jedoch seit zwei Jahren auf der Flucht.

Tahiri wurde von der regierenden Sozialistischen Partei von Premierminister Edi Rama bereits nach dem Auftauchen der Anschuldigungen aus der Partei ausgeschlossen.

Algerien

Weitere Proteste trotz festgesetztem Wahltermin

Obwohl ein Termin für die Präsidentschaftswahl am 12.12.19 festgesetzt wurde, demonstrierten in zahlreichen Städten erneut viele Menschen, die sich von den politischen Prozessen ausgeschlossen fühlen. Die Proteste richten sich auch gegen den von „oben“ festgesetzten Wahltermin und die letzte Woche ins Leben gerufene unabhängige Wahlkommission unter der Leitung des Exjustizministers Mohammed Charfi. Die Demonstranten fordern weiterreichende Veränderungen, die auf Dialoge aufbauen und befürchten, dass es unter den gegenwärtigen Umständen keine freie und faire Wahl geben werde. Die Sicherheitsvorkehrungen wurden in den letzten Wochen immer mehr verstärkt, wodurch sich die Lage verschärfte. Armeechef Gaid Salah hat die Sicherheitskräfte angewiesen, härter durchzugreifen und Demonstranten von außerhalb der Hauptstadt daran zu hindern, an den Demonstrationen in Algier teilzunehmen.

China

Hongkong: Proteste

Ein Großaufgebot an Sicherheitskräften verhinderte am 22.09.19 von Demonstranten geplante Störungen des Hongkonger Flughafens. Der Zugang zu Verkehrsmitteln zum Flughafen wurde kontrolliert und nur Reisende mit Flugtickets durften den Flughafen betreten. Ebenfalls am 22.09.19 randalierten Protestierende in einem Einkaufszentrum. Ziel von Beschädigungen waren u.a. als mit der chinesischen Zentralregierung sympathisierend eingeschätzte Unternehmen. Eine genehmigte Demonstration von mehreren Hundert Personen eskalierte am 21.09.19 gewaltsam. Mehrere Personen wurden festgenommen.

Hongkong: Polizeigewalt gegen Demonstranten

Amnesty International berichtete am 19.09.19 von seit dem Beginn der jüngsten Protestbewegung im Juni 2019 eskalierender Polizeigewalt gegen Demonstranten. Die Menschenrechtsorganisation dokumentierte willkürliche Festnahmen sowie Fälle, in denen die Polizei Festgenommenen den Zugang zu Rechtsanwälten oder medizinischer Versorgung verweigerte oder verzögerte. Insgesamt seien mehr als 1.300 Personen festgenommen worden. Bei Festnahmen sei unnötige und exzessive Gewalt angewendet worden. Personen seien in der Haft geschlagen und misshandelt worden, in Einzelfällen habe es sich um Folter gehandelt.

DR Kongo

Oberster Militärführer der FDLR von Regierungssoldaten erschossen

Am 18.09.18 gab ein Militärsprecher bekannt, dass Sylvestre Mudacumura, der oberste Befehlshaber des militärischen Flügels (Forces Combattantes Abacunguzi – FOCA) der ruandischen Houthu-Miliz Demokratische Kräfte zur Befreiung Ruandas (FDLR) am 18.09.19 von Regierungssoldaten zusammen mit seinen Begleitern im Territorium Rutshuru, Provinz Nord-Kivu, getötet wurde. Der Internationale Strafgerichtshof in Den Haag hatte 2012 einen Haftbefehl gegen Mudacumura erlassen. Ihm wird vorgeworfen, für Kriegsverbrechen in neun Punkten, darunter Angriffe auf Zivilisten, Mord, Verstümmelung, Vergewaltigung und Folter, verantwortlich zu sein, die FDLR-Kämpfer zwischen 2009 und 2010 in den beiden ostkongolesischen Provinzen Nord- und Südkivu begangen haben. Die FDLR war 2000

von ruandischen Hutus gegründet worden, die nach dem in Ruanda von der Mehrheitsethnie der Hutus an den Tutsis 1994 begangenen Genozid in den Ostkongo geflüchtet waren. Sie soll laut UN-Angaben derzeit über etwa 500 bis 600 aktive Kämpfer verfügen.

Georgien

Demonstration der Opposition

Erneut demonstrierten am 20.09.19 Tausende von Oppositionsanhängern in Tiflis auf dem Rustaveli Boulevard gegen die Regierungspolitik, die angespannte wirtschaftliche Lage und den angeblich zunehmenden Einfluss Russlands auf Georgien. Bereits in den vergangenen Monaten war es zu Demonstrationen gekommen. Im Fokus der Kritik steht dabei der im georgischen Parlament am 08.09.19 zum neuen Ministerpräsidenten gewählte frühere Innenminister Georgiens, Giorgi Gakharia. In seiner Amtszeit als Innenminister fiel das harte Vorgehen der Polizei bei einer Demonstration am 21.06.19, bei der mehr als 240 Menschen verletzt und rund 300 Personen vorübergehend festgenommen worden waren. Anstelle des durch die Opposition geforderten Rücktritts von Gakharia als Innenminister rückte dieser jedoch auf zum neuen Ministerpräsidenten Georgiens auf. Verantwortlich hierfür ist der ebenfalls umstrittene Parteichef der Regierungspartei Georgischer Traum, der Milliardär Bidsina Iwanischwili, der als reichster Mann Georgiens und einflussreichste Persönlichkeit der Regierungspartei gilt.

Indien

Oberster Gerichtshof zur Lage in Kaschmir

Der Oberste Gerichtshof in Indien hat am 16.09.19 in einer Stellungnahme mitgeteilt, dass im Kaschmir-Tal wieder ein normales Alltagsleben für die Bevölkerung, insbesondere der Zugang zu öffentlichen Einrichtungen wie Krankenhäusern und Schulen, gewährleistet werden müsse. Inzwischen lockert das indische Militär die Zwangsmaßnahmen stufenweise. Schulen seien wieder geöffnet und dem staatlichen Mobilfunkanbieter soll die Aufnahme des Betriebs wieder erlaubt werden.

Die Lage bleibt angespannt. Rund 250 der mehrheitlich nach dem Gesetz zur Aufrechterhaltung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung festgenommenen Personen seien in verschiedene Gefängnisse außerhalb Kaschmirs verbracht worden. Aufgrund dieses Gesetzes kann den Betroffenen die Freiheit ohne Gerichtsverfahren für bis zu zwei Jahre entzogen werden.

Der ehemalige nördlichste indische Bundesstaat wird nach Aufhebung seiner Autonomierechte in zwei Unionsterritorien Jammu und Kaschmir (J&K) und Ladakh aufgeteilt. Anders als die über örtliche Regierungen verfügenden Bundesstaaten bestehen die dann insgesamt neun Unionsterritorien (UT) als bundesunmittelbare Gebiete der Zentralregierung in der Hauptstadt Neu-Delhi. Zwei Unionsterritorien, das Nationale Hauptstadtterritorium Delhi und das südöstliche Puducherry, die ehemalige Hauptstadt Französisch-Indiens, haben Lokalversammlungen und verfügen über mehr Autonomie.

Iran

Sahar Khodayari tot

Sahar Khodayari, ein weiblicher Fußballfan, ist nach ihrer Selbstverbrennung ihren Verletzungen erlegen. Sie hatte im März als Mann verkleidet versucht, das Stadionverbot für Frauen zu umgehen. Sie fiel allerdings auf und wurde festgenommen. Nach zweitägiger Haft kam sie gegen Kautionsfrei. Die Teheraner Staatsanwaltschaft leitete dennoch ein Strafverfahren wegen „Beleidigung der öffentlichen Ordnung“ und „Widerstand gegen die Polizei“ gegen sie ein. Als sie erfuhr, dass ihr eine Haftstrafe von bis zu sechs Monaten drohen würde, übergoss sich die 29-Jährige mit Benzin und zündete sich an. Nun prangern Tausende Iraner das Zutrittsverbot für Frauen in Sportstadien an und fordern dessen völlige Aufhebung. Sogar die Majlis-Abgeordnete Parvaneh Salahshouri (führt im Majlis die „Fraktion der Frauen“) unterstützt diese Forderung. Das Sportministerium hat unterdessen auf Intervention der FIFA (angedrohtes WM-Teilnahmeverbot) bereits reagiert. Für das nächste WM-Qualifikationsspiel der iranischen Nationalmannschaft am 10.10.19 sind Frauen zugelassen. Offen ist allerdings, ob diese Ankündigung tatsächlich für alle Frauen und für die Zukunft gilt.

Jemen

Houthi-Rebellen wollen Angriffe auf Saudi-Arabien stoppen

Die Houthi-Rebellen kündigten am 20.09.19 an, dass sie alle Angriffe auf Saudi-Arabien stoppen würden. Die Ankündigung kommt eine Woche nachdem die Houthi-Rebellen die Verantwortung für einen Angriff auf zwei Ölanlagen in Saudi-Arabien übernommen haben. Allerdings gibt es zahlreiche Vermutungen, dass eigentlich der Iran hinter dem Angriff steht (vgl. BN v. 16.09.19). Es gab keine unmittelbare Reaktion Saudi-Arabiens auf die Erklärung der Houthi-Rebellen. Die Houthi-Rebellen haben auch den VAE mit Anschlägen gedroht.

Kampfhandlungen

Bewaffnete Auseinandersetzungen, Luftangriffe und Anschläge unterschiedlicher bewaffneter Gruppen wurden aus verschiedenen Regionen Jemens in der vergangenen Woche gemeldet. Darunter u.a. in Hodeida, der Stadt Sadaah, in Abs (Gouvernement Hajjah), im Bezirk Radhun (Gouvernement Shabwah), in Shaqra (Gouvernement Abyan), in Shibam (Gouvernement Hadramawt) und im Gouvernement Lahij.

Libyen

Verschärfte Gefechte um Tripolis

Seit dem 18.09.19 ist eine deutliche Intensivierung der Gefechte um Tripolis festzustellen. Schwerpunkte sind der (sich nicht in Betrieb befindliche) internationale Flughafen von Tripolis sowie Khalat Al-Furjan, Sbea und Aziziya. Beide Seiten melden auf ihren jeweiligen Propagandaplattformen Erfolge und die Eroberung feindlichen Materials, das die Unterstützung ausländischer Mächte für die jeweils andere Seite – der Türkei im Falle des Gouvernement of National Accord (GNA), Frankreichs und Russlands im Falle der Libyan National Army (LNA) – beweisen soll. Es wird vermutet, dass die anstehende Libyen-Konferenz, die in Deutschland organisiert wird, den Hintergrund darstellt, da beide Seiten versuchen, sich eine möglichst gute Verhandlungsposition zu verschaffen.

Pakistan

Blasphemievorwürfe

Am 15.09.19 wurde in Ghotki im Norden der Provinz Sindh ein hinduistischer Schuldirektor offiziell in Schutzgewahrsam genommen. Gegen diesen hatte zuvor ein Schüler Anschuldigungen wegen angeblicher Gotteslästerung erhoben. Diese lösten Proteste der dort lebenden muslimischen Mehrheitsbevölkerung aus. Die Privatschule und ein Hindu-Tempel wurden angegriffen sowie eine Schnellstraße blockiert.

Die oft gegen religiöse Minderheiten erhobenen Blasphemievorwürfe sind ein heikles Thema und ein immer wiederkehrendes Phänomen in Pakistan. Gruppengewalt wegen mutmaßlich begangener Blasphemie kommt vor. Mehrere Dutzend dokumentierte Lynchmorde haben deswegen stattgefunden. Nach dem pakistanischen Strafgesetzbuch kann Gotteslästerung mit dem Tod bestraft werden. Dem US-Bericht zur Religionsfreiheit zufolge waren wegen Blasphemie 2018 mindestens 77 Personen inhaftiert, davon 28 im Todestrakt. Vollstreckt worden ist die Todesstrafe wegen dieses Straftatbestandes bisher nicht.

Torkham-Grenzkorridor geöffnet

Seit dem 18.09.19 ist der Torkham-Grenzkorridor zwischen Afghanistan und Pakistan rund um die Uhr geöffnet. Beide Länder haben eine 2.600 km lange gemeinsame Grenze. 2017 schloss Pakistan die offiziellen Grenzübergänge zu Afghanistan. Die Grenze in Torkham unweit des historischen Khyber-Passes, der Verbindungsrouten zwischen der afghanischen Hauptstadt Kabul und dem pakistanischen Peshawar, wurde Ende 2017 aus humanitären Gründen wieder für zwölf Stunden am Tag geöffnet. 2019 begann Pakistan außerdem die nordwestliche Grenze zu befestigen und mit Überwachungstechnologie auszustatten, um Grenzbewegungen besser zu beobachten.

Serbien

Einschränkung der Pressefreiheit

Die Tageszeitung TAZ berichtet am 17.09.19 von der sich immer weiter verstärkenden Einschränkung der Pressefreiheit durch die serbische Regierung. Die Opposition kritisiere seit Längerem die Gleichschaltung von Medien sowie die Kontrolle aller TV-Sender mit nationaler Reichweite, der Boulevardpresse und fast aller lokaler Medien durch die Regierung. Immer häufiger würden Medien als Plattformen instrumentalisiert, um Staatspräsident Aleksandar Vučić als allmächtigen Herrscher zu glorifizieren oder mit Andersdenkenden abzurechnen. Im Bericht für das Jahr 2019 stuft die amerikanische Nichtregierungsorganisation Freedom House Serbien als Land mit „beschränkten Medienfreiheiten“ ein und kritisierte die Einschüchterung von Journalistinnen und Journalisten.

Die serbischen Oppositionsparteien, die sich Anfang 2019 in dem Bündnis Allianz für Serbien zusammengeschlossen haben, hätten angekündigt, die im Frühjahr stattfindenden Parlaments- und Kommunalwahlen aus Protest boykottieren zu wollen. Der Oppositionspolitiker Borko Stefanović hätte gefordert, dass sich Informationsprogramme von Sendern mit nationaler Frequenz, vor allem des Staatsfernsehens, für Andersdenkende öffnen. Das sei auch eine zentrale Forderung der monatelangen Protestbewegung zu Beginn des Jahres gewesen.

Anhebung der Einkommen im öffentlichen Dienst

Mit Blick auf die bevorstehenden Parlamentswahlen im Frühjahr 2020 hat die serbische Regierung am 17.09.19 die Anhebung der Einkommen im öffentlichen Dienst um acht bis 15% beschlossen. Von der geplanten Anhebung würden laut Ministerpräsidentin Ana Brnabić und Finanzminister Siniša Mali etwa 600.000 Beschäftigte in der Verwaltung, dem Gesundheits- und Bildungssystem, bei der Polizei sowie den Streitkräften profitieren. Sie begründeten den Beschluss der Regierung mit einem Überschuss in der Staatskasse.

Erst im letzten Jahre hatten der Internationale Währungsfonds (IWF) und Serbien ein dreijähriges Abkommen vereinbart, welches eine beratende IWF-Hilfe vorsieht. In diesem Rahmen hat der IWF Serbien empfohlen, die Einkommen nicht über sechs Prozent zu erhöhen.

Somalia

Angriffe

Bei einem Angriff von al-Shabaab am 18.09.19 in der Hauptstadt Mogadischu wurden mehrere Personen verletzt und getötet, darunter auch Zivilisten. Der Anschlag galt einem Regierungsbeamten, der überlebte.

Kampfhandlungen

In der vergangenen Woche wurden mehrere Zusammenstöße zwischen al-Shabaab auf der einen Seite und der somalischen Nationalarmee, AMISOM sowie regionalen Sicherheitskräften auf der anderen Seite gemeldet. Darunter die Städte Jalalaqsi und Bulo Burde (Region Hiraaan) sowie in Jamame (Region Lower Shabelle). Kampfflugzeuge der USA (US AFRICOM) führten am 17.09.19 Luftangriffe gegen al-Shabaab bei Kismayo durch.

Syrien

Gespräche in Ankara: Konfliktparteien wollen diplomatische Lösung

Am 16.09.19 verkündeten die Staatspräsidenten Russlands, Irans und der Türkei in einer gemeinsamen Erklärung, dass man sich in wesentlichen Punkten über die Beendigung des Syrienkonfliktes geeinigt hätte. Die Zusammensetzung eines Komitees für die Ausarbeitung einer neuen syrischen Verfassung zählt dazu ebenso wie die konsequente Implementierung der Deeskalationszonen in Idlib und die Aufrechterhaltung der territorialen Integrität Syriens.

In einzelnen Stellungnahmen setzten die Präsidenten ihre eigenen Akzente: Erdogan beschrieb lediglich die Kurdenmiliz YPG als größte Gefahr für den Frieden, Putin hingegen zeigte sich auch besorgt über ein mögliches Erstarken des IS. Russland würde sich auch in Zukunft an Antiterroroperationen der syrischen

Regierung beteiligen. Rohani forderte wiederholt den Abzug der US-amerikanischen Truppen im Nordosten und entlang der irakisch-syrischen Grenze.

UN-Generalsekretär Antonio Guterres bestätigte am 18.09.19, dass die Einrichtung eines verfassungsgebenden Komitees auf den Weg gebracht werden könne. Die Initiative geht auf den UN-Friedensplan vom 30.06.12 zurück, auf den sich der UN-Sicherheitsrat einigen konnte. Die Ausarbeitung einer neuen Verfassung soll schließlich neue Wahlen in Syrien zur Folge haben.

IS ruft zur Befreiung seiner Gefangenen auf

Ebenfalls am 16.09.19 veröffentlichte die Islamistenmiliz eine Audiobotschaft, die von ihrem Anführer Abu Bakr al-Baghdadi stammen soll. Darin ruft er unter anderem zu koordinierten Angriffen auf die Internierungslager in Syrien auf, in denen hunderte IS-Anhänger gefangen gehalten werden. Dabei handelt es sich um die erste Botschaft von al-Baghdadi seit April 2019. Mit einem Kopfgeld von 25 Mio. USD gilt er als die meistgesuchte Person der Welt.

Deir ez-Zor: Luftangriff auf Milizen, Demonstrationen gegen Truppenpräsenz

Bei einem Angriff einer nichtidentifizierten Drohne wurden am 17.09.19 mindestens zehn Personen in Boukamal getötet. Die Ortschaft liegt in Deir ez-Zor nahe der irakischen Grenze. Der Angriff soll einem irakischen Sicherheitsbeamten zufolge einem Waffenlager schiitischer Milizen gegolten haben.

Am 20.09.19 berichteten oppositionsnahe Medien über Demonstrationen in der Nähe von Salhiyah, auf denen der Abzug syrischer Regierungstruppen und von durch Iran unterstützter Milizen gefordert wurde. Die Demonstrierenden sollen zwischenzeitlich zwei Armeeposten besetzt haben. Soldaten sollen das Feuer eröffnet haben, eine Person soll dabei ums Leben gekommen sein.

Tunesien

Präsidentenwahl – Außenseiter in Stichwahl

Angetreten zur Wahl am 15.09.19 waren 24 Kandidaten und zwei Kandidatinnen, darunter ein Ex-Präsident, zwei Ex-Regierungschefs, elf Ex-Minister sowie zahlreiche frühere Parlamentarier und der aktuelle Ministerpräsident Youssef Chahed. Bei einer Wahlbeteiligung von nur 45 % haben zwei Außenseiter die Wahl gewonnen. Der für seine ultrakonservativen Ansichten bekannte parteilose Verfassungsrechtler Kaïs Saïed holte mit 18,4 % der Stimmen das beste Ergebnis, gefolgt von dem aufgrund einer Anklage wegen Steuerhinterziehung und Geldwäsche seit August inhaftierten Medienunternehmer Nabil Karoui, der auf 15,6 % der Stimmen kam. Sie werden zur Stichwahl im Oktober antreten.

Beide Kandidaten sprachen sich im Wahlkampf gegen die herrschenden politischen Akteure aus. Acht Jahre nach dem Sturz der Diktatur unter Zine El Abidine Ben Ali sind viele Tunesier von der Demokratie, die sie einst mit Begeisterung begrüßten, enttäuscht. Die soziale Lage ist nicht besser geworden, sie hat sich vor allem für junge Menschen und im Landesinneren verschlimmert.

Ex-Diktator tot

Zine el Abidine Ben Ali starb tunesischen Medienberichten zufolge am 19.09.19 im Alter von 83 Jahren in der saudi-arabischen Hafenstadt Dschidda an den Folgen gesundheitlicher Probleme. Er war von 1987 bis 2011 Tunesiens Präsident und der erste Herrscher, der im Zuge der arabischen Aufstände 2011 gestürzt wurde. Seit seinem Sturz und der Flucht ins Exil am 14.01.11 lebte er in Saudi-Arabien.

Er galt lange als Partner und als Garant der Stabilität. Er regierte autoritär; ihm wurden Unterdrückung der liberalen, linken aber auch der islamisch-religiösen Opposition sowie Folter durch seine Polizei und Sicherheitsdienste vorgeworfen. Der Arabische Frühling führte auch zum Sturz des damaligen ägyptischen Präsidenten Husni Mubarak und des libyschen Machthabers Muammar al-Gaddafi.

Venezuela

Freilassung Zambranos

Der Vizepräsident des venezolanischen Parlamentes, Edgar Zambrano, der seit Mai in Haft war, wurde am 17.09.19 unter Auflagen freigelassen. Er darf das Land nicht verlassen und muss sich regelmäßig bei den

Behörden melden. In einer ersten öffentlichen Stellungnahme forderte er alle beteiligten Stellen in Venezuela auf, sich für die Freilassung politischer Gefangener, seien sie Zivilisten oder Militärs, einzusetzen.

Stromausfälle

Am 20.09.19 gab es erneut weitgehende Stromausfälle im Osten von Caracas und mindestens im Bundesstaat Miranda (laut offizieller Verlautbarung), in sozialen Netzwerken ist von großen Stromausfällen in insgesamt zehn Bundesstaaten die Rede. Für Zulia, einen Bundesstaat an der Grenze zu Kolumbien, konnten mindestens fünf Stunden Stromausfall bestätigt werden. Dieser Bundesstaat ist von der Krise weit stärker betroffen als Caracas. Zulias Hauptstadt Maracaibo ist regelmäßig Schauplatz von Gewaltausbrüchen und Plünderungen.

Bewegung zwischen Opposition und Regierung

Während der größte Teil des Oppositionsbündnisses Mesa de la Unidad Democrática nach dem Scheitern der Oslo-Verhandlungen keine Aussicht mehr auf eine Einigung mit Maduro sieht und Neuwahlen fordert, haben drei kleinere Parteien des Bündnisses eine Übereinkunft mit der Regierung Maduro erzielt. Von beiden Seiten werden die US-Sanktionen abgelehnt. Die Regierung sagt die Freilassung politischer Gefangener zu und kündigt die Rückkehr der Abgeordneten der sozialistischen Regierungspartei in die Nationalversammlung an.

Neue Sanktionen der USA

Die USA haben am 17.09.19 neue Sanktionen verkündet, die sich gegen drei am Handel mit Nahrungsmitteln für das CLAP-System beteiligte Personen und insgesamt 16 Unternehmen richten, die mit diesen Personen in Verbindung stehen. Hintergrund ist, dass die drei betroffenen Einzelpersonen mit erheblichen Korruptionsvorwürfen konfrontiert sind, da sie das CLAP-System durch ihre enge Verbindung zur herrschenden Elite Venezuelas mit deutlich überhöhten Rechnungen um große Beträge betrogen haben sollen. Zwar reduziert dies wahrscheinlich die Möglichkeit der Betroffenen, aus dem System Profit zu schlagen, in Anbetracht der massiven Importabhängigkeit Venezuelas bei Lebensmitteln wird jedoch befürchtet, dass dies zumindest kurzfristig die Schwierigkeiten bei der Grundversorgung Venezuelas weiter vergrößern wird.